Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Pilganserstraße Nr. 64.

I N H A L T :

Nr. 32 — **München, 5. August 1932** — **19. Jahrgang**

Zum Wahlausfall

Das zahlenmäßige Ergebnis der Reichstagswahlen vom 31. Juli ist unseren Lesern aus der Tagespresse bekannt; sicher auch die mannigfachen Vergleiche mit den zahlenmäßigen Ergebnissen der letzten Reichstags- und Landtagswahlen. Das politische Ergebnis der Wahl liegt bisher völlig im Dunkel oder beginnt sich doch erst langsam in Konturen abzuzeichnen. Da eine Betrachtung an dieser Stelle immer von jüdischen Gesichtspunkten geleitet ist, kann natürlich hier nicht versucht werden, die Bedeutung der Ergebnisse schlechthin zu erfassen; es kann sich hier vielmehr nur darum handeln, die Folgen des Wahlausfalls für unsere jüdische Gemeinschaft zu erörtern.

Ganz allgemein und sicherlich mit vollem Recht hat man festgestellt, daß der neugewählte Reichstag arbeitsunfähig sein wird. Es wird daher in der Zukunft außerordentlich viel, wenn nicht alles von der wahrscheinlich nicht nach parlamentarischen Grundsätzen zusammengesetzten Regierung abhängen. Immerhin ist darauf hinzuweisen, daß Verfassungsänderungen im neuen Reichstag kaum durchgehen können. Die hierzu nötige Zweidrittelmehrheit kann weder von der Rechten gegen die Linke noch in umgekehrter Richtung zustandegebracht werden, ja sogar mit voller Unterstützung der Mitte ist keiner der beiden Flügel in der Lage den anderen schachmatt zu setzen. Dieser Umstand dürfte eine gewisse Garantie dafür bieten, daß eine Veränderung der formellen Rechtsstellung der deutschen Juden solange unmöglich ist, als überhaupt die deutsche Reichsverfassung Geltung besitzt. Der Wahlausfall läßt aber im ganzen gesehen gewiß keinen Zweifel daran, daß die Feinde der Verfassung ihr Ziel nicht erreicht haben und mit legalen Mitteln auch nicht erreichen werden.

Freilich darf auch nicht verkannt werden, daß nach allgemeiner Überzeugung die Eingliederung der Nationalsozialisten in den gegenwärtigen Staat, in das zweite Reich, die Übernahme einer offenen Mitverantwortung für die Staatsführung durch sie unbedingt notwendig und unaufschiebbar geworden ist. Dieses Problem, das zwar schon seit langer Zeit besteht, durch den Wahlausfall aber von neuem mit größter Schärfe aufgeworfen worden ist, muß jetzt sowohl nach der Meinung des Zentrums, wie der bürgerlichen Presse jeder anderen Spielart von dem Kabinett Schleicher-Papen gelöst werden, dessen einziger Sinn in dieser Aufgabe gesehen wird. Auch der sozialdemokratische Führer Paul Löbe hat sich in einem Artikel dahin ausgedrückt, daß die Bemühungen der Herren Papen und Schleicher zunächst darauf gerichtet sein werden, die Mitte mit den Nationalsozialisten zu irgendeinem Pakt zu bringen, der ihnen das Weiterregieren ermöglicht. Es scheint so gut wie sicher zu sein, daß das Zentrum sich auf die Dauer nicht weigern wird, die gegenwärtige Regierung zu tolerieren, wenn die Nationalsozialisten gleichartige Bindungen eingehen und vielleicht wird es auch an einem Umbau der Regierung teilnehmen, wenn nur den Nationalsozialisten nicht die ganze Macht ausgeliefert wird, wie sie dies bisher immer verlangt haben. An guten Ermahnungen für Herrn Hitler, sich der offenen Verantwortung nicht länger zu entziehen, ist kein Mangel und die Formel: die Nationalsozialisten müssen jetzt mitarbeiten, mit der bloßen Opposition und Agitation muß es für sie jetzt zu Ende sein, ist der Tenor aller politischen Erörterungen. Wir haben also damit zu rechnen, daß in der einen oder anderen Form die Nationalsozialisten auch im Reich ans Ruder kommen werden, freilich nicht allein und ungehemmt.

Solange eine Gewähr dafür gegeben ist, daß dabei Verfassungsänderungen nicht in Frage kommen, braucht man über diese Wahrscheinlichkeit oder auch über ihre Realisierung nicht zu erschrecken. Denn in Wirklichkeit haben die Nationalsozialisten schon in den letzten Monaten, ja sogar bereits unter der Regierung Brüning einen starken wenn auch inoffiziellen Einfluß ausüben können; der Regierung Papen haben sie offensichtlich in mehr als einer Beziehung den Weg vorgeschrieben. Sie regieren nicht, aber sie hatten weitgehend die Herrschaft. Vielleicht werden sie jetzt mitregieren, daß sie in stärkerem Maße herrschen können, ist sehr unwahrscheinlich. Die Wahlen vom 31. Juli haben mit der größten Eindringlichkeit gezeigt, daß die Grenzen des nationalsozialistischen Anwachsens da liegen, wo man sie vermutet hat. Sie konnten die Mittelparteien zerstören und auffressen — ob ihnen die Mahlzeit gut bekommen wird, ist noch eine sehr offene Frage — sie können noch die Deutschnationalen absorbieren und werden selbst dann allein keine einfache Mehrheit haben. Denn dem Zentrum können sie nichts anhaben und auch den Linksparteien nicht; im Gegenteil, diese Parteien, die sich schon bei der Wahl als unzerstörbar erwiesen haben, scheinen wieder im Vormarsch begriffen zu sein.

Diesen Tatsachen wird jede neue Regierung Rechnung tragen müssen, schon weil sie ohne Zentrum einfach nicht regieren kann. Das Zentrum würde sich aber selbst aufgeben, wenn es eine Durchbrechung der Reichsverfassung zuließe und so sehr wir anerkennen, daß noch vor den Wahlen mehrere Zentrumsführer versichert haben die Partei verwerfe den Antisemitismus und Rassenstand-

punkt als unchristlich, so scheint uns doch gewichtiger zu sein, daß es aus dem stärksten eigenen Interesse alle gegen die Verfassung etwa geplanten Anschläge zu verhindern wissen wird.

Aus diesen und ähnlichen Überlegungen, aus gewissen Äußerungen des Reichskanzlers und schließlich auch aus aussenpolitischen Erwägungen ergibt sich, daß für uns Juden über die schon seit langem gegebenen Besorgnisse hinaus gegenwärtig kein Grund zu besonderer Beunruhigung besteht. Unsere Situation ist gewiß schlecht, sehr schlecht: durch den Wahlausfall dürfte sie aber kaum schlechter geworden sein. I. E.

Meinungen zur Reichstagswahl

„Jüdische Rundschau"

Die „Jüdische Rundschau", nimmt zum Ergebnis der Reichstagswahlen in einem Artikel Stellung, in dem festgestellt wird, daß der Nationalsozialismus auch im deutschen Reichstag die bei weitem stärkste Partei ist und daß man auf Grund der Erfahrung des Preußischen Landtags, sich ein Bild darüber machen könne, in welcher Weise die Nationalsozialisten von dieser Position Gebrauch machen würden. Während jedoch im Landtag verschiedene Anträge nur demonstrativen Charakter hätten, könnte im Reichstag, falls es den Nazis gelingt, Zufallsmehrheiten für ihre Anträge zu bekommen, ein ernsteres Problem entstehen. Die nationalsozialistische Welle entspreche zweifellos dem in Deutschland insbesondere unter der Jugend und der Intelligenz herrschenden starken antiliberalen Zuge. Da der Liberalismus in der Vorstellung des Durchschnittsdeutschen eng mit dem Judentum verbunden sei, liege es nahe, daß Schichten, deren Bildungsgrad nicht besonders hoch ist, und die die tieferen Wurzeln der geistigen Revolution des 19. Jahrhunderts nicht kennen, in den Juden die Erfinder und Nutznießer des Liberalismus sehen. Als größte Partei Deutschlands habe die nationalsozialistische Partei aber auch auf die Stimme des Auslands zu hören. Sie scheine dazu zu neigen, dieses hinsichtlich ihrer antisemitischen Propaganda beruhigen zu wollen. Die „Jüdische Rundschau" erwähnt in diesem Zusammenhang die im Anschluß an die Rundfunkrede des Reichskanzlers abgegebene Erklärung des Vertreters der Hearst-Presse, Herrn von Wiegand, weist aber darauf hin, daß eine Bestätigung dieser Erklärung von nationalsozialistischer Seite noch ausstehe. Was die Regierungsbildung anbetreffe, so lasse sich noch nichts vorhersagen, ob die Anregung einiger Zeitungen der gemäßigten Rechten, den Nationalsozialisten in Form einer Regierungsbildung wichtige Ämter zu überlassen, Berücksichtigung finden werde. Es müße aber unterstrichen werden, daß die Bildung einer parlamentarischen Mehrheit ebenso wie in mehreren Länderparlamenten nur mit Hilfe des Zentrums, das den Antisemitismus und den Rassenstandpunkt als unchristlich verwerfe, möglich sei. Die Betonung der christlichen Weltanschauung durch die Regierung Papen könne, aber müße nicht als Spitze gegen das Judentum gedeutet werden. Sie könne auch in dem Sinne gemeint sein, daß die religiösen Fundamente der Kultur wieder stärker gefestigt werden sollen als es nach dem Erbe des Aufklärungszeitalters und des Materialismus der Fall sei. In einer prinzipiell so wichtigen Frage wie der Entrechtung der Juden oder der offiziellen Anerkennung des Rassenstandpunktes könne die Papenregierung gegenüber dem Nationalsozialismus nicht nachgeben. Die in einem Artikel der „Täglichen Rundschau" ausgesprochene Ansicht, daß die Juden in Deutschland wieder wie in den Zeiten des Mittelalters Schutzjuden seien, enthalte wohl ein Körnchen Richtigkeit: Galuth bedeute immer in dieser oder jener Form mit mehr oder weniger Peinlichkeit, mit mehr oder weniger Offenheit, Schutzjudentum. Wenn man dies nicht wolle, müsse man eine tiefe Zäsur in der jüdischen Geschichte machen, die Galuth überwinden und das jüdische Volk wieder Volk werden lassen.

Ein Aeusserung aus Central-Vereins-Kreisen

Zu der durch die Reichstagswahl geschaffenen Lage wird der Jüdischen Telegraphen-Agentur vom Syndikus des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Dr. Alfred Wiener, mitgeteilt:

Das Reichstagswahlergebnis bestätigt die Zuversicht, daß sich innerhalb des deutschen Volkes keine Mehrheit für eine Entrechtung der deutschen Juden finden läßt. Diese Feststellung besagt aber noch nichts über die politischen Folgerungen, die sich aus dem Kräfteverhältnis der einzelnen Parteien zu einander ergeben werden. Ob es überhaupt zu einem Kabinettswechsel kommt, ist noch nicht zu übersehen. Sollte sich bei einem Kabinettswechsel das Zentrum bereit finden lassen, in das Kabinett zusammen etwa mit Nationalsozialisten einzutreten, so sind wird gewiß, daß sich das Zentrum gegen jede offene Verfassungsverletzung, auch den deutschen Juden gegenüber, energisch stemmen wird.

Deutsche Zentrumspartei und Judentum

B e r l i n , 1. August. (JTA.) In einer am Vorabend der Reichstagswahlen in den Spichernsälen zu Berlin abgehaltenen Versammlung der jüdischen Zentrumswähler befasste sich der Vorsitzende der Berliner Organisation des Zentrums, Schulrat Kellermann, in längeren Ausführungen mit dem Verhältnis der Zentrumspartei zum Judentum. Er erklärte, die Zentrumspartei sei keine rein katholische Partei, sie habe es seit ihrer Gründung, seit Windhorst, immer abgelehnt — abgesehen von einer Minderheit von heute 3 % — sich als katholische Partei zu bezeichnen. Das Zentrum sei vielmehr eine religiöse Partei, in der gläubige Juden und Protestanten ebenso Platz finden wie die gläubigen Katholiken. Ihr ethisches Grundgesetz sei der Dekalog des alten Testaments. Die durch den Nationalsozialismus gefährdete Heiligkeit der Familie werde vom Zentrum, das sich darin mit altjüdischen Traditionen berühre, hochgehalten. Die Gedanken des Zentrums seien in besserem Sinne national als die der Nationalsozialisten, die die seit Jahrhunderten mit Deutschland verwachsenen Juden entrechten wollen. Schulrat Kellermann trat für die konfessionelle Schule ein. Er forderte jüdische Lehrer für jüdische Kinder, katholische Lehrer für katholische Kinder.

Der Vorsitzende der Versammlung, R.-A. Dr. Kollenscher, stellte fest, daß die Beziehungen zwischen Juden und Zentrumspartei keinen Vertragscharakter hätten. Weder wolle das Zentrum eine Judenschutztruppe werden, noch erwarteten die Juden vom Zentrum die Erfüllung bestimmter Forderungen. Direktor Kareski wies darauf hin, daß es in diesem Wahlkampf um die Entscheidung zwischen zwei Persönlichkeiten, zwischen Brüning und Hitler gehe.

Die Tagung des Zionistischen Aktions-Komitees

London, 26. Juli (JTA.) Die Tagung des Aktions-Komitees der Zionistischen Weltorganisation wurde am 26. Juli in London unter dem Vorsitz seines Präsidenten Dr. Leo Motzkin in Anwesenheit aller Mitglieder der Londoner Exekutive, der Exekutivmitglieder Emanuel Neuman und H. Farbstein sowie der Mitglieder der Palästina-Exekutive Dr. Chajim Arlosoroff und Werner Senator eröffnet. Nach der Eröffnungsansprache Dr. Motzkins erstattete

Dr. Brodetzky das politische Referat

Er führte aus: Jeder Teilnehmer an dieser Sitzung des Aktions-Komitees der Zionistischen Organisation ist sich der besonderen Verantwortung, die auf uns in einer Zeit noch nie dagewesener Krise im jüdischen Leben lastet, bewußt. Wohl selten, wenn überhaupt jemals, war die Judenheit so sehr von politischem und wirtschaftlichem Unheil bedroht, wie heute. Eine Konzentration all unserer Kräfte ist erforderlich und insbesondere die Beseitigung künstlich erzeugten Parteistreites, der die Grundsätze verdunkelt und individuelle und kollektive persönliche Erwägungen unterstreicht. Eines der charakteristischsten Merkmale des Parteikampfes ist die Beschuldigung, die Leitung sei ihrer Aufgabe nicht gewachsen, jede ihrer Maßnahmen sei falsch und das Ergebnis von Unkenntnis, Unzuständigkeit, Illoyalität und Verrat. Die Tatsache, daß solche Beschuldigungen in den letzten Jahren unser politisches Leben charakterisierten, hat mich bei der Darstellung der politischen Arbeit der Exekutive weder in der Vergangenheit beeinflußt, noch wird sie dies heute tun. Ich werde Ihnen die Tatsachen, wie sie die Ergebnisse unserer auf die Kraft unserer Organisation und das Prestige ihrer Ideale gegründeten Bemühungen darstellen, ohne Beschönigung vorlegen. Wir alle, die Exekutive und ihre Anhänger und die sogenannte Opposition und deren Anhänger, sind für die zu verzeichnenden Erfolge und Mißerfolge gemeinsam verantwortlich.

London und Jerusalem

Es ist unmöglich, die politische Arbeit in London von der in Jerusalem zu trennen. Zu einem großen Teil werden die politischen Schritte in London auf Grund von Ratschlägen und Informationen aus Jerusalem unternommen; zwischen der politischen Tätigkeit an beiden Stellen muß vollständige Koordination herrschen. Ich freue mich, sagen zu können, daß innerhalb der seit dem letzten Kongreß verflossenen zwölf Monate ein dauerndes weitgehendes Einverständnis zwischen den politischen Abteilungen in London und Jerusalem geherrscht hat. Trotzdem werde ich mich in meinen Ausführungen hauptsächlich mit der politischen Arbeit in London beschäftigen.

Als wir Basel verliessen, waren wir uns alle der durch das Regime im Colonial Office bedingten Schwierigkeiten unserer Lage bewußt. Wir hatten zwei Jahre einer Regierung hinter uns, unter der die politische Führung des Colonial Office in Worten und Taten einen vollständigen Mangel an Sympatien für unsere Ziele und an Verständnis unserer Grundsätze an den Tag gelegt hat. Sie betrachtete sich als Hüterin der wehrlosen und unwissenden „armen Araber" und als ihre Beschützerin gegen die „reichen, mächtigen und wissenschaftlich ausgerüsteten" Juden. Lord Passfield war in seiner Haltung vom damaligen High Comissioner für Palästina, Sir John Chancellor, mehr als unterstützt worden. Während wir wußten, daß ein Wechsel in der Person des High Commissioner beschlossen war, wußten wir ebensogut, daß das Regime in London unverändert fortbestehen solle; und lassen sie mich hinzufügen, daß es keinen größeren Irrtum geben könnte als zu glauben, es könne ein Keil zwischen die Regierung in London und die Verwaltung in Palästina — besondere Umstände, wie solche in gewissen Perioden vor dem letzten Kongreß gegeben waren, ausgenommen — getrieben werden.

Es war klar, daß der einzige von uns zu befolgende Kurs darin bestehen mußte, so ausdauernd als möglich die Erörterung über die Grundlagen der Palästina-Politik mit der englischen Regierung fortzusetzen. Tatsächlich erhielten wir binnen drei Wochen nach dem Basler Kongreß ein deutliches Anzeichen dafür, daß zumindest ein Mensch in London von den Verhandlungen des Kabinettskomitees und von dem Briefe des Ministerpräsidenten unberührt geblieben war, nämlich der Kolonialminister selbst. Die von ihm vorgeschlagene Verordnung über die Kontrolle der Bodentransaktionen die in der ersten Augustwoche 1931 an uns gelangte, war eine unverfälschte Essenz des Weißbuches vom Oktober 1930. Drei Wochen nach dem Kongress sah sich die Exekutive von einer den wichtigsten Faktor unserer Arbeit, die Bodenpolitik betreffenden Krise bedroht. Ich will mich nicht in Spekulationen darüber einlassen, was geschehen wäre, wenn Lord Passfield im Amt gewesen wäre. Ich möchte nur erwähnen, daß die Exekutive eine kompromisfreie Haltung angenommen hat, und daß ein Beamter des Colonial Office, mit dem ich später über diese Ereignisse sprach, mir erklärte, die Verordnung wäre im Hinblick darauf, daß die in unserem Briefe vom 31. August vorgebrachten, schwerwiegenden Argumente von keinem Kolonialminister hätten außer Acht gelassen werden können, auch dann nicht in ihrer ursprünglichen Form in Kraft gesetzt worden, wenn Lord Passfield im Amt gewesen wäre.

Der

Regierungswechsel in England

war nicht blos der Übergang von dem Kabinett einer Partei zu dem einer anderen. Er bedeutete eine durchgreifende Änderung der nationalen Mentalität, der gesamten Einstellung der britischen Nation zu ihren wirtschaftlichen Problemen. Zum Regierungswechsel traten andere Veränderungen hinzu. In der Kolonialabteilung für den mittleren Osten wurde Sir John Shuckburgh durch Mr. Parkinson ersetzt. In Palästina trat der neue High Comissioner, Sir Arthur Wauchope Ende November sein Amt an. Generalstaatsanwalt Bentwich wurde auf Grund einer Behandlung, die wir aus persönlichen und nationalen Gründen beklagen müssen, durch einen nichtjüdischen Engländer ersetzt, während wir in Bezug auf Bodenfragen mit Mr. French, dem von Lord Passfield eingesetzten Landentwicklungsdirektor zu tun hatten. Wir hatten sowohl in London als auch in Jerusalem viel erzieherische Arbeit zu leisten.

Immigrations- und Bodenprobleme

Wenn wir nun sagen, daß ein wenig Licht begonnen hat durch die Wolken zu dringen, so meinen wir damit nicht, daß die Dinge glänzend stehen. Sie sind in Wahrheit trüb genug. Der High Commissioner würde vielleicht die Immigration als das Gebiet bezeichnen, auf dem er sich am meisten dem jüdischen Gesichtspunkt genähert hat. Und doch kann niemand sagen, daß die im April aus-

gegebene Arbeiter-Schedule mehr als eine sehr bescheidene Verbesserung gegenüber der Schedule vom letzten Oktober bedeutet. Niemand kann behaupten, daß die neue Kategorie kleiner Kapitalisten das dringende Bedürfnis und den brennenden Wunsch vieler Juden, sich im Nationalheim einzurichten, befriedigt. Niemand kann behaupten, daß der müde Fuß Israels, der an die Tore Palästinas stößt, dort in einer Weise empfangen wird, die unserem von bloßer „Duldung" der Zulassung sich unterscheidenden „Recht" auf Einwanderung entspricht.

Das Zwillingsproblem der Einwanderungsfrage ist das Bodenproblem. Materiell bedeutet das Jüdische Nationalheim Menschen und Land. Ich werde nicht von den Erwartungen sprechen, die wir auf Grund historischer Deklarationen und des vor genau zehn Jahren ratifizierten Mandates zu hegen berechtigt waren; wir müssen auch in Zukunft auf diesem Gebiete kämpfen und Erorberungen machen. Aber man gewährt uns nicht einmal den ungestörten Besitz des Bodens, für den wir Preise bezahlen, die jeden Sachverständigen verblüffen. Drohung mit Enteignung scheint der erpropte Weg zu sein, Probleme betreffend Ländereien, die wir in öffentlicher Feilbietung unter der Aufsicht der Regierung selbst erworben haben, zu behandeln.

Sicherheitsfragen

Professor Brodetzky ging sodann zur Besprechung des Problems der öffentlichen Sicherheit in Palästina über. Wir geben zu, erklärte er, daß etwas geschehen ist, um größere Sicherheit von Leben und Eigentum in Palästina zu gewährleisten, aber immer noch werden Dinge geduldet und Situationen zugelassen, die mit der Aufrechterhaltung der Sicherheit unvereinbar sind. Heimtückische Mordtaten und systematische Terrorakte werden verübt und bleiben unbestraft, weil die Täter nicht entdeckt werden.

Angriffe auf die Exekutive

Die Exekutive, fuhr Dr. Brodetzky fort, wurde in den letzten Monaten heftig angegriffen, weil sie keinen neuen politischen Weg eingeschlagen hat. Man erklärt: wir haben eine Revolution im Zionismus gemacht, aber die Politik ist dieselbe geblieben wie früher, ohne jede Änderung der Richtung oder Methode. Dieser Vorwurf überrascht mich sehr. Hat nicht der Kongreß die Exekutive auf Grund der vom Präsidenten Sokolow verlesenen Erklärung eingesetzt? Hat nicht der Kongreß meine beiden Kollegen vom Arbeiterflügel und mich selbst auf Grund unseres klaren Bekenntnisses zu dem, was volkstümlich als Weizmann-Politik gekennzeichnet wird, gewählt? Kann irgend jemand, der zugegen war, als ich im Permanenzausschuß mit der Einladung, in die Exekutive einzutreten, beehrt wurde, behaupten, ich hätte meine Stellung nicht vollkommen klargelegt? Möglicherweise war hinsichtlich anderer Mitglieder der Exekutive nicht vollständig klar, welche besondere Verantwortung sie zu tragen haben würden; was mich betrifft, so kann ich wohl behaupten, daß mein Eintritt in die Exekutive im Hinblick auf die politische Arbeit in London erfolgen sollte. Es hat keinen Vertrauensbruch gegeben, sondern vollständige Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Kongresses. Die Konvention der Zionistischen Organisation Amerikas hat erklärt, „die Exekutive habe eine Politik in Übereinstmmung mit den vom 17. Zionistenkongreß gefaßten Resolutionen und der von ihm geschaffenen Plattform verfolgt".

Die Araberfrage

Dr. Brodetzky wandte sich der Besprechung des Araberproblems zu. Man habe behauptet, das Jüdische Nationalheim, an sich eine ausgezeichnete Sache, könne nicht verwirklicht werden, weil die jüdische Aufbauarbeit in Palästina die Existenz der Araber bedrohe. Diese Behauptung habe schon die Shaw-Kommission irregeführt. Kolonialminister Lord Passfield und High Commissioner Sir John Chancellor neigten ebenfalls dieser Anschauung zu, gaben sich jedoch den Anschein wissenschaftlicher Neutralität und erklärten, eine sorgfältige Untersuchung des Problems sei notwendig. So entstanden der Simpson-Bericht und das Weißbuch, das einschneidende Beschränkungen jüdischen Bodenkaufs und jüdischer Einwanderung voraussehen ließ.

Der French-Bericht

Das Ergebnis dieses ganzen Komplexes von Berichten, Diskussionen und Deklarationen, erklärte Dr. Brodetzky weiter, war der sogenannte Landentwicklungsplan. Das Aktions-Komitee ist mit den Ereignissen seit dem letzten Kongreß durchaus vertraut. Die Regierung wollte eine Landentwicklungsbehörde einsetzen, die über die Verwendung einer Anleihe von 2,5 Millionen Pfund unter einer gewissen Kontrolle seitens der Regierung bestimmen sollte. Wir haben diesen Vorgang abgelehnt und forderten vorherige Vereinbarungen darüber, wie das Geld verwendet werden und welche Art von Tätigkeit die Entwicklungsbehörde entfalten solle. Schließlich wurde ein Kompromiß geschlossen, dahingehend, daß ein Plan für die Verwendung des Geldes und die Tätigkeit der Entwicklungsbehörde ausgearbeitet und diskutiert und daß erst dann, nach erzielter Übereinstimmung über diese Fragen die Garantie für die projektierte Anleihe vom Parlament verlangt werden solle. Nach Ernennung des Landentwicklungsdirektors versuchte der Kolonialminister, gestützt auf eine sehr formelle und unserer Meinung nach irrige Auslegung des MacDonald-Briefes, in dem es heißt, „die Kontrolle von Bodentransaktionen solle erst in Kraft treten, sobald die mit der Ausführung der Landentwicklungspolitik betraute Behörde ihre Tätigkeit aufnehmen werde", die bereits erwähnte Verordnung durchzudrücken. Diese Verordnung wurde zwar beseitigt, hat aber bewirkt, daß die Exekutive einstimmig beschloß, sich an den Arbeiten der Landentwicklungsbehörde nicht zu beteiligen. Im Dezember wurde der interimistische Bericht Frenchs, Ende April eine Ergänzung hierzu der Regierung unterbreitet. Wir wurden aufgefordert, dem High Commissioner unsere Einwände bekannt zu geben. Auf Grund unserer und der arabischen Einwände wird der High Commissioner dem Minister seine eigenen Vorschläge machen. Unsere Einwände werden auf Grund genauer Vorschläge, die wir dem politischen Komitee vorlegen werden, formuliert werden.

Nachdem Dr. Brodetzky noch einige aus dem French-Bericht sich ergebende Fragen behandelt hatte, schloß er mit folgenden Worten: Wir haben keinen Grund für übertriebenen Pessimismus, wenn auch keine Gründe zu übertriebenem Optimismus bestehen. Ratschläge, die der Verzweiflung entspringen, müssen wir zurückweisen und uns auf die konstruktive Arbeit konzentrieren. Wir können glücklich sein, die Arbeit für Israels Erlösung in einer Generation leisten zu können, in der die Tragödie Israels sich in den düstersten Farben abzeichnet.

Nahum Sokolow der Präsident der Zionistischen Organisation erstattete den Bericht der Exekutive über ihre Tätigkeit im vergangenen Jahre.

Sokolow ging sodann zur Schilderung der beklagenswerten Lage über, in der sich die Weltjudenheit im Augenblick befinde. Es ist keine Übertreibung, erklärte er, festzustellen, daß die Lage des jüdischen Volkes jetzt schlimmer ist, als jemals zuvor.

Sokolow streifte die politische Arbeit in den Vereinigten Staaten und die durch die Bemühungen von Emanuel Neumann und Prof. Frankfurter zustandegekommene Gründung des Palästina-Komitees. Daran schloß er einen kurzen Überblick über die gegenwärtige politische Lage und die politische Arbeit in London und Jerusalem. Er berichtete über seine zahlreichen Unterredungen mit verschiedenen Mitgliedern des englischen Kabinetts, darunter auch mit Ramsay MacDonald, und machte einige Bemerkungen über Charakter und Tendenzen des vom Landentwicklungsdirektor Lewis French erstatteten Berichtes. Zum Schluß erläuterte Sokolow die finanzielle Lage und zeigte an Hand von Ziffern, unter welch schwerem finanziellen Druck die Exekutive steht.

Der Bericht des politischen Leiters der Palästina-Exekutive

Am zweiten Verhandlungstage erstatete der Leiter der politischen Abteilung der Palästina-Exekutive Dr. Chajim Arlosoroff sein Referat. Er stellte fest, daß der erste Oberkommissar, der für die Bedürfnisse in Palästina und der Entwicklung des jüdischen Nationalheims wirklich Verständnis zeige, der gegenwärtige Oberkommissar Sir Arthur Wauchope sei. Auch die vielfach verbreitete Meinung, die Beamtenschaft der englischen Verwaltung in Palästina bestehe zum größten Teil aus Antizionisten, treffe nicht zu. Richtig sei allerdings, daß sich von den früheren Verwaltungen her gewisse antizionistische Traditionen innerhalb dieser Beamtenschaft erhalten habe, doch würden diese Tendenzen durch den High Commissioner entschlossen bekämpft.

In der Frage der „landlosen", resp. durch die jüdische Kolonisationstätigkeit angeblich von ihrem Boden verdrängten Araber habe sich eine gewisse Klärung ergeben. Während früher die Zahl der „landlosen Araber" stets mit etwa 4000 angegeben wurde, hat die jetzige Palästina-Regierung bloß 249 Araber in diese Kategorie eingereiht. Davon entfallen etwa 200 auf die bisherigen Siedler im Wadi Hawarith-Gebiet.

Einen breiten Raum in den Ausführungen Dr. Chajim Arlosoroffs nahm die Behandlung des arabischen Problems ein.

Besondere Aufmerksamkeit müsse seitens des Aktions-Komitees auch der Tatsache zugewandt werden, daß der Groß-Mufti von Jerusalem seine antizionistische Tätigkeit jetzt nicht mehr bloß in Palästina selbst und bei den maßgebenden Faktoren in Europa entwickelt, sondern sie auch durch eine von ihm entfesselte heftige antijüdische Agitation in den arabischen Ländern um Palästina unterstützt. Es sei im Interesse der zionistischen Politik unbedingt erforderlich, dieser Agitation entgegenzutreten. Das Aktions-Komitee werde sich darüber klar werden müssen, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um dieser gefährlichen Propaganda in den arabischen Ländern Einhalt zu gebieten.

Weizmann wohnt den Sitzungen des A.-C. bei

Der Präsident der English Zionist Federation Dr. Chaim Weizmann erklärte in einem Gespräch mit dem JTA-Vertreter, er beabsichtige nicht, sich an den Debatten des Aktions-Komitees zu beteiligen, werde jedoch bei den Verhandlungen anwesend sein, um einer Mißdeutung seiner Haltung in dem Sinne, daß er das Aktions-Komitee, dessen Mitglied er ist, boykottieren wolle, vorzubeugen. Der einzige Grund seiner Zurückhaltung sei der, daß er sich gegenwärtig ausschließlich seiner wissenschaftlichen Arbeit, die ihn vollständig in Anspruch nehme, widme und nicht beabsichtige, seine augenblickliche Lebensführung zu ändern.

Aus der jüdischen Welt

Nationalsozialistische Exzesse in Königsberg

Königsberg, 1. August. (JTA.) Am Wahltage übten die Nationalsozialisten in Köngsberg einen blutigen Terror aus. Gegen mehrere Linkspolitiker wurden Attentate verübt. Auch die Wohnung des Syndikus des C.-V. Kurt Sabatzky wurde angegriffen, die Polizei konnte jedoch durch rasches Eingreifen die Exzedenten vom Eindringen in das Haus abhalten. In den jüdischen Geschäften Lachmansky und Sommerfeld wurden die Scheiben der Schaufenster eingeschlagen.

Synagogenschändungen in Hamburg und Beuthen

Hamburg, 27. Juli. (JTA.) Wie das „Israelitische Familienblatt" mitteilt, haben Nationalsozialisten in verschiedenen Fällen das Gebäude der Gemeindesynagoge am Bornplatz in Hamburg durch Anbringung von zahllosen Hakenkreuzen geschändet. Im ersten Falle handelte es sich um kleinere ausgeschnittene Hakenkreuze, die von einer Klebekolonne an die Türen und der Portalseite der Synagoge angeklebt wurden. Die Täter wurden dabei beobachtet, und es gelang, einige Namen festzustellen. Im zweiten Falle erstiegen Nationalsozialisten das Dach des Synagogengebäudes und klebten zahlreiche Hakenkreuzplakate rings um Kuppel und Dach der Synagoge. Die Feuerwehr mußte herbeigeholt werden, um die Plakate wieder zu entfernen.

Nationalsozialistische Niederlage bei den Studentenwahlen in Königsberg

Berlin, 27. Juli. (JTA.) Die Wahlen zur Kammer der Deutschen Studentenschaft der Universität in Königsberg brachten bei schwacher Wahlbeteiligung eine schwere Niederlage der Nationalsozialisten. Sie erhielten gegenüber 1598 Stimmen im Vorjahr diesmal nur 1077, sie verloren entsprechend auch von ihren 32 Mandaten 10 und haben somit ein Drittel eingebüßt. Die Nationalsozialisten sind in Königsberg heute nur noch rund 25 v. H. der Gesamtstudentenschaft. Diese Niederlage ist deshalb beachtenswert, weil erst vor kurzem in Königsberg die Tagung der Deutschen Studentenschaft stattfand.

Die großen deutschen Parteien zu den antisemitischen Forderungen der Nationalsozialisten und zur Judenfrage in Deutschland

Berlin, 31. Juli. (JTA.) Der Neuyorker Vertreter der Jüdischen Telegraphen-Agentur hat sich an die Leitungen der großen politischen Parteien Deutschlands mit dem Ersuchen gewandt, ihre Stellungnahme zu den antisemitischen Forderungen

der Nationalsozialisten und zur Judenfrage in Deutschland durch Beantwortung einiger konkreter Fragen zu präzisieren.

Die den Parteien vorgelegten Fragen lauteten: 1. Wie stellt sich ihre Arbeit zu der von der NSDAP betriebenen antisemitischen Propaganda und der Forderung nach a) Stellung der deutschen Juden unter Fremdenrecht, b) Beschlagnahme des Vermögens der in Deutschland eingewanderten Auslandsjuden? — 2. Was wird die Stellung ihrer Partei sein, wenn eine nationalsozialistische Regierung im Reich oder in den Ländern daran gehen sollte, die oben bezeichneten Programmpunkte in die Wirklichkeit umzusetzen? — 3. Wie ist im allgemeinen die Stellung ihrer Partei zu jüdischen Fragen in Deutschland?

Auf diese Fragen antwortete die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

„Die Stellung der Sozialdemokratischen Partei zur Rassenfrage und besonders zu der Gleichberechtigung der Juden als Staatsbürger dürfte in aller Welt und in aller Öffentlichkeit bekannt sein. Es ist selbstverständlich, daß wir nicht im geringsten auch nur die Ansichten der Nationalsozialistischen Partei in dieser Frage teilen.

Ihre Frage, was die Partei zu tun gedenkt, wenn eine nationalsozialistische Regierung im Reiche daran gehen sollte, ihre Programmpunkte gegen die Juden in Wirklichkeit umzusetzen, ist wohl nicht zu beantworten; was wir in einem solchen Falle tun werden, läßt sich im voraus nicht bestimmen."

Die Antwort des Zentrums lautete:

„Seit seinem Bestehen, also seit über 60 Jahren, hat das Zentrum stets die Gleichberechtigung der Staatsangehörigen jüdischen Glaubens anerkannt und ist für deren Gleichstellung mit den übrigen Staatsangehörigen eingetreten. An dieser Auffassung hat sich nichts geändert und wird sich nichts ändern.

Auf Grund der aus unserer christlichen Weltanschauung erwachsenen Gesinnung treten wir den Beschimpfungen der deutschen Juden, der Verleumdung ihrer Religion und den Angriffen auf ihre staatsbürgerliche Gleichberechtigung entgegen.

Die Jüdische Weltkonferenz wird am 14. August in Genf eröffnet

Berlin, 1. August. (JTA.) Als Tagungsort der auf Initiative des American Jewish Congress einberufenen jüdischen Weltkonferenz wurde endgültig Genf bestimmt. Dem Wunsch vieler Delegierter entsprechend wurde in letzter Zeit Zürich als Konferenzort in Betracht gezogen, es hat sich jedoch aus verschiedenen Gründen als wünschenswert und notwendig erwiesen, die Konferenz — wie ursprünglich beabsichtigt — nach Genf einzuberufen. Die erste Sitzung der Konferenz wird am 14. August, nachmittags 3 Uhr, in der Maison de Faubourg eröffnet.

Die Tagesordnung der Jüdischen Weltkonferenz umfaßt drei Punkte:

1. Berichte und Erörterung der Lage des jüdischen Volkes in den verschiedenen Ländern und Diskussion über zu ergreifende Maßnahmen zur Sicherung der jüdischen Rechte und Positionen. Für die wichtigsten Länder: Nordamerika, Rumänien, Deutschland, Sowjetrußland und Palästina werden Spezialreferenten über die Lage berichten; für die übrigen Länder werden die jeweiligen Delegationen die Referenten bestimmen.

2. Referat und Diskussion über die von Professor Guido Tedeschi angeregte internationale Konvention zur Diffamierung des Antisemitismus.

3. Frage der eventuellen Einberufung und Vorbereitung des jüdischen Weltkongresses. Das Referat wird Dr. Stephen S. Wise, der Ehrenpräsident des American Jewish Congress, halten.

Zwei Makkabim Meister von Österreich

Berlin, 28. Juli. (JTA.) Bei den kürzlich ausgetragenen Leichtathletik-Meisterschaften gewann der Makkabiah-Sieger Deutscher (Hakoah Wien) die 800-m-Meisterschaft in 2.00.6 Min. Der Langstreckenläufer Blödy verteidigte erfolgreich seinen Meistertitel über 1500 m in der guten Zeit von 4.10.

Professor Dr. Moritz Sobernheim 60 Jahre

Berlin, 29. Juli. (JTA.) Am 13. August 1932 vollendet Herr Legationsrat Professor Dr. Moritz Sobernheim sein 60. Lebensjahr. Damit vollendet sich eine Etappe in einem dem Judentum und der Wissenschaft geweihten Leben.

Professor Sobernheim ist seit 1924 Präsident des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes, der 1872 konstituiert wurde. Als Präsident der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums hat sich Professor Soberheim große Verdienste um die Wissenschaft des Judentums und um die jüdisch-wissenschaftliche Publikation erworben. Professor Sobernheim ist Vorstandmitglied des Kolonisationsvereins „ESRA" und Präsidiumsmitglied des Deutschen Komitees Pro Palätina, dem bekanntlich neben Graf Bernsdorff als Vorsitzenden eine große Reihe hervorragender deutscher Diplomaten und politischer Führer angehören. Er ist auch Mitbegründer und Vorsitzender der Religiösen Mittelpartei für Frieden und Freiheit in der Gemeinde, die durch ihre Vertreter in der Berliner jüdischen Gemeinde und in anderen Großgemeinden, sowie im Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden einen zwischen den extremen Parteien vermittelnden Standpunkt einnimmt und der unter Führung ihres Präsidenten viel zum Ausgleich der Gegensätze und zur Ermöglichung friedlicher aufbauender Arbeit beigetragen hat. Es gibt fast keine jüdische Partei oder Gruppe in Deutschland, die nicht durch Professor Sobernheim entscheidend gefördert worden ist.

Christliche Konkurrenten sprengen das Haus eines jüdischen Kaufmanns in die Luft

Warschau, 28. Juli. (JTA.) Aus Posen wird berichtet: Im Dorfe Kraschewitz hatte ein jüdischer Kaufmann vor einiger Zeit mit dem Bau eines Hauses, in dem auch ein Laden eröffnet werden sollte, begonnen. Der fast fertig gestellte Bau wurde vor einigen Tagen durch eine Dynamitsprengung so schwer beschädigt, daß er einzustürzen droht. Die Polizei hat vier christliche Krämer des Ortes unter dem Verdacht verhaftet, den Anschlag aus Konkurrenzgründen verübt zu haben.

Die Siedler des Emek fordern Masseneinwanderung neuer Chaluzim

Jerusalem, 31. Juli. (JTA.) In Nahallal fand eine Massenversammlung der jüdischen Siedler des Emek Jezreel statt, um zu den auf der Tagesordnung der Aktions-Komitee-Sitzung in London stehenden Problemen Stellung zu nehmen. An das Aktions-Komitee wurde ein Telegramm gerichtet,

in dem die Mitglieder des Aktions-Komitees aufgefordert werden, Parteidifferenzen zu überbrücken, die Kräfte der Diaspora zu vereinen, die Knesseth Israel zu konsolidieren, Nationalfonds und Keren Hajessod zu stärken und Zehntausende von Chaluzim nach Palästina zu entsenden, um die Absorptionsfähigkeit des Landes für alle Schichten der Judenheit zu erhöhen.

Eröffnung der ersten palästinensischen Früchtenschau in Jaffa

Jerusalem, 31. Juli. (JTA.) In Jaffa wurde durch den High Commissioner General Sir Arthur Wauchope die erste palästinensische Früchteschau eröffnet. General Wauchope hielt eine Ansprache, in der er bekanntgab, daß er 1200 Pfund für die Errichtung einer Gartenbaustation in Farradya bei Safed und 300 Pfund für die Anlage von zwei Schulgärten gestiftet habe. Auf der Früchteschau sind 400 Obstarten ausgestellt.

61 Palästinenser wollen nach Biro-Bidschan auswandern

Jerusalem, 31. Juli. (JTA.) 61 Einwohner von Palästina, zum größten Teil Kommunisten, haben sich für die Ausreise nach Sowjetrußland vormerken lassen. Sie beabsichtigen, sich in Biro-Bidschan niederzulassen.

Die palästinensische Schulfrage

Jerusalem, 20. Juli. (JTA.) Eine Abordnung der Jewish Agency und des Waad Leumi ersuchte den High Commissioner, die die Autonomie des hebräischen Schulwesens einschränkende Bestimmung in dem geplanten Erziehungsgesetz abzuändern und ferner die Staatssubvention für das hebräische Schulwesen zu erhöhen. Der High Commissioner Sir Arthur Wauchope versprach, seine Entscheidung bald zu treffen.

Gemeinden- und Vereins-Echo

Hebräische Sprachkurse München

Die Ferien in den hebräischen Sprachkursen haben am 1. August begonnen. Wiederbeginn des Unterrichts am Donnerstag, dem 1. September.

Zionistische Ortsgruppe — Jüdischer Nationalfonds München

Es wird höflichst gebeten, das Büro zwecks Anfragen usw. möglichst in den Nachmittagstunden von 4—6 Uhr aufzusuchen.

Bar Kochba München — Tischtennis

Am Dienstag, dem 26. Juli, trug die Tischtennismannschaft ein Wettspiel gegen M.H.C. aus, das die M.H.C.ler knapp mit 7:6 Punkten gewannen. Die ausgetragenen Spiele standen auf sportlich hohem Niveau. Besonders zu erwähnen ist das Spiel Kornhauser (M.H.C.):Gersinsky Benjamin (B. K.), das Gersinsky, der in einer fabelhaften Hochform war, glatt gewinnen konnte. Weiterhin siegten: Schapirer (B.K.):Einstoß (M.H.C.), Gersinsky Jakob (B.K.):Ibern (M.H.C.), Schönwetter (B.K.):Altmann (M.H.C.). In den Doppelspielen siegte noch Helfeld-Hecht (B.K.) gegen Schmid-Kornhauser (M. H.C.) und Gersinsky Benj.-Herz (B.K.) gegen Schmid II-Altmann (M.H.C.). Wir hoffen, den Sieg bei dem Ende August stattfindenden Rückwettspiel auf unsere Seite zu bringen.



1932 Wochenkalender 5692

	August	Aw	Bemerkungen
Sonntag	7	5	
Montag	8	6	
Dienstag	9	7	
Mittwoch	10	8	
Donnerst.	11	9	תשעה באב
Freitag	12	10	
Samstag	13	11	ואתחנן שבת נחמו הפטרה נחמו נחמו עמי (Jes. 40, 1-26) (P. R. 'פרק ג)

Jüdischer Arbeitsnachweis

München, Herzog-Max-Str. 5/I • Tel. 92 8 83

Wir bitten sich bei Bedarf unseres Arbeitsnachweises zu bedienen. Gut empfohlene und bewährte Kräfte stehen zur Verfügung.

Wir führen nachstehend einige auf:

I. Büro- und Verkaufskräfte:

83. **Kontoristin,** mit guter Handschrift, erfahren in allen Büroarbeiten.
84. **Anwaltssekretärin,** 25 Jahre alt, selbständig und gewandt, mit allen einschlägigen Arbeiten aufs beste vertraut.
85. **Lageristin,** äußerst fleißig, sorgfältig und geschickt, übernimmt jede Arbeit.
86. **Kontoristin,** tüchtig und gewandt in Stenographie und Schreibmaschine, gute Kenntnisse in der amerikanischen Buchführung und französischen Sprache.
87. **Junge Verkäuferin** der Schuhbranche, zuverlässig und gewandt im Verkehr mit der Kundschaft.

II. Hausangestellte:

88. **Junges Mädchen,** gewandt im Kochen, sehr kinderlieb, in allen Hausarbeiten bewandert, mit guten Zeugnissen.

ZIMMER VERMIETEN:

Merklein, Marsstraße 25/IV, schönes möbliertes Zimmer, RM. 30.—.

Finkelstein, Luisenstr. 27, hübsch möbliertes Zimmer, RM. 35.—.

Verantwortlich für die Redaktion: Isa Emrich, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.